**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>
e-mail: fraktion@cdu.landsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 35/00 vom 27. Januar 2000

TOP 8

Jost de Jager:**Landesregierung versucht Öffentlichkeit über wirklichen
Lehrerbedarf im Unklaren zu lassen**

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jost de Jager hat in der Debatte über die Große Anfrage der Landesregierung vorgeworfen, die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß des Lehrerbedarfs im Lande im Unklaren zu lassen. Die von der CDU angekündigten mindestens 1000 Lehrerstellen würden nicht nur die Herkulesaufgabe für die Zukunft, sondern vor allem die verheerenden Versäumnisse in der Vergangenheit beschreiben.

Die Brisanz des Landesrechnungshofberichts vom Sommer, der von 1500 bzw. 2250 erforderlichen Lehrerplanstellen ausgeht, habe darin bestanden, dass er Rückschlüsse darauf zulässt, was in der Vergangenheit nicht geleistet wurde. Der Anstieg der Schülerzahlen in den kommenden Jahren ist seit langem bekannt gewesen. Vorsorge sei nicht getroffen worden, so de Jager. Statt dessen habe es die Landesregierung für richtig erachtet, 1999 keine einzige neue Lehrerplanstellen zu schaffen und damit ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zu brechen.

Insofern geht es nach den Worten de Jagers darum, heute darzustellen, wer für die verfahrenere Situation zur Zeit verantwortlich ist. Das ist die Landesregierung! Die CDU werde sie aus der Verantwortung nicht entlassen.

Um diese Verantwortung nicht einzugestehen, war es das Bestreben der Landesregierung, die Zahl der benötigten Lehrer möglichst gering zu halten. Dies ist der Hintergrund der polemischen Auseinandersetzung mit dem Landesrechnungshof durch die Ministeriumsspitze. Vor diesem Hintergrund seien die internen Berechnungen aus dem Ministerium, die der CDU-Fraktion vorliegen, hochgradig interessant, sagte de Jager. Denn darin werde zum einen die von der Landesregierung bestrittene schlechtere Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet bestätigt. Zum anderen wird darin von einem Lehrerplanstellenbedarf von rund 2000 Lehrern ausgegangen, weit mehr, als die Landesregierung öffentlich

zugibt. „Wenn die Diskrepanz zwischen den intern bekannten Berechnungen und den veröffentlichten Zahlen zu groß wird, dann setzt man sich dem Verdacht aus, man wolle die Öffentlichkeit täuschen“, so de Jager.

Er wies darüber hinaus darauf hin, dass die Landesregierung 35 % des Schüleranstieges durch größere Klassen kompensieren wolle. Dies sei von besonderer politischer Pikanterie, da Frau Erdsiek-Rave und Herr Stegner den Schleswig-Holsteinern im Wahlkampf einreden wollen, mit der CDU gebe es größere Klassen. Das Gegenteil ist richtig: Mit der SPD werden die Klassenstärken im Lande größer.